

Der **SOZIALISTISCHE** **KÄMPFER**

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 1/2

Jänner/Februar 1979

5 Schilling

Es geht um Österreichs Zukunft

Wir wissen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß jedem Wahlkampf in der parlamentarischen Demokratie große Bedeutung zukommt. Es ist nicht gleichgültig, wie die Wähler von jenem Recht Gebrauch machen, das unsere Pioniere in harten Kämpfen errungen haben.

Aber es gibt Wahlentscheidungen, denen die Bedeutung einer Weichenstellung für die Zukunft zukommt. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß dies für die Nationalratswahlen am 6. Mai 1979 zutrifft.

Die Alternative, um die es geht, darf nicht durch Koalitionsspekulationen verdunkelt werden. Sie lautet:

Soll Österreich nach fast 10jähriger erfolgreicher Tätigkeit der SPÖ-Regierung weiter von Sozialisten regiert werden oder den abenteuerlichen Weg einer Taus-Götz-Regierung beschreiten?

Es darf nicht übersehen werden, in welcher internationalen Situation Österreichs Wähler über diese Alternative entscheiden: Wir erleben gegenwärtig die schwerste Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems seit den dreißiger Jahren. Wenn Österreich diese große Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist, bisher nur wenig gespürt hat, wenn die Vollbeschäftigung weitgehend aufrechterhalten werden konnte, so ist das bestimmt nicht auf die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ zurückzuführen.

Es ist das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung, die der Erhaltung der Arbeitsplätze Vorrang einräumt. Nicht zufällig spricht man heute in der Welt vom „Österreichischen Weg“, wenn ein erfolgreicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gemeint ist.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer gehören zu jener Generation, die leidvoll erlebt hat, wie es in Österreich aussieht, wenn Konservative das Land regieren. Wir erinnern uns:

In der Ersten Republik gab es seit 1920 nur konservative Regierungen. Da die Sozialdemokratische Partei die an Stimmen und Mandaten stärkste Partei war, ohne allerdings die absolute Mehrheit zu besitzen, haben sich die konservativen Parteien in einem Bürgerblock zusammengeschlossen, um ohne und gegen die große Sozialdemokratie regieren zu können.

Das Ergebnis ist bekannt: Die konservativen Regierungen haben gegen die Massenarbeitslosigkeit nichts unternommen. Ihre Antwort auf die große Krise bestand lediglich im Abbau der sozialen Errungenschaften. Damals entstanden die Voraussetzungen für den Faschismus, der die Demokratie 1934 zerstörte und Hitler den Weg bereitete.

Wer diese Zeit selbst erlebt hat, wird die Schuld der österreichischen Konservativen am Untergang unseres Landes niemals vergessen: Sie haben in Österreich so schlecht regiert, daß verzweifelte, durch jahrelange Arbeitslosigkeit demoralisierte Menschen ins Lager der Nazi getrieben wurden.

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Diese bitteren Erfahrungen der Vergangenheit den jüngeren Generationen zu übermitteln, das ist die Aufgabe, die sich die Sozialistischen Freiheitskämpfer gestellt haben. Sie ist vor dieser Nationalratswahl von brennender Aktualität.

Um zu wissen, was eine Regierung Taus-Götz für Österreich bedeuten würde, brauchen wir aber nicht nur in die Vergangenheit zu blicken. Was sich gegenwärtig in der steirischen Landeshauptstadt Graz abspielt, ist ein Anschauungsunterricht für Österreichs Wähler:

Dort hat der neue Bürgerblock, bestehend aus ÖVP und FPÖ, mit Alexander Götz als Bürgermeister, in kurzer Zeit den finanziellen Ruin der Stadtverwaltung herbeigeführt, wobei besonders hart Alte und Kranke getroffen werden. So würde es in ganz Österreich unter einer Regierung Taus-Götz aussehen.

Alexander Götz, der nur mit Hilfe der ÖVP Grazer Bürgermeister werden konnte, spricht eine Sprache, die wir Freiheitskämpfer noch in schmerzlicher Erinnerung haben. Auch die Methode, den politischen Gegner anzupöbeln und persönlich zu beleidigen, ist nicht neu, sondern erinnert uns an eine dunkle Vergangenheit.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer richten an alle Sozialisten, an alle aufrechten Demokraten den eindringlichsten Appell, die SPÖ in diesem Wahlkampf mit aller Kraft zu unterstützen. Wir appellieren an die Älteren. Manche von ihnen sind müde geworden. Sie sagen: Wir haben genug durchgemacht, jetzt sind die Jüngeren am Zug. Aber die kolossale Bedeutung dieser Wahlen gestattet es uns nicht, abseits zu stehen. Wir müssen den Jüngeren sagen, welche Erfahrungen wir gesammelt haben, und warum es notwendig ist, nicht den Konservativen Österreich zu überlassen.

Wir appellieren an die Jungen, von denen viele am 6. Mai zum erstenmal wählen. Wir sagen ihnen vor allem eines: Es geht nicht um unsere, sondern um eure Zukunft. Ihr könnt diese Zukunft positiv gestalten, wenn ihr die Waffe des Stimmzettels richtig anwendet. Dann werdet ihr niemals das erleben, was wir erleben mußten.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer appellieren an alle Parteimitglieder und Vertrauenspersonen, sich persönlich zu engagieren. Auch die besten Broschüren, auch die wirksamsten Plakate können das Gespräch von Mensch zu Mensch nicht ersetzen.

Wenn wir alle in diesem Sinn handeln, dann erfüllen wir das Vermächtnis jener Frauen und Männer, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben opferten und denen wir es zu verdanken haben, daß es in einem freien Österreich freie Wahlen gibt.

Weiter auf dem österreichischen Weg

Österreich hat in den Jahren seit 1970 einen beispiellosen Aufschwung erlebt: Noch nie vorher ist es so vielen Österreichern so gut gegangen wie heute. Die Voraussetzung dafür war eine Wirtschaftspolitik, die in der ganzen Welt anerkannt als „österreichischer Weg“ bezeichnet wird. Obwohl die kapitalistischen Staaten seit 1975 von der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren erschüttert wurden, ist es der Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky gelungen, nicht nur die Vollbeschäftigung zu erhalten, sondern den Beschäftigtenstand von Jahr zu Jahr zu steigern. Dieser wirtschaftliche Erfolg ermöglichte es, den Kampf gegen die Armut verstärkt zu führen, im Kampf gegen das Sterben vor der Zeit erfolgreich zu sein, den Wohlstand aller zu mehren und zahlreiche Reformen zu verwirklichen. Österreich ist heute, wie es in der Regierungserklärung 1975 von Bundeskanzler Kreisky versprochen wurde, moderner und menschlicher zugleich.

Erinnern wir uns dagegen an die zwanziger und dreißiger Jahre: Konservative regierten, die Bürgerblockregierung führte zur Massenarbeitslosigkeit und bereitete die faschistische Diktatur vor. Österreich war ein ausgeblutetes, verlassenes Land, regiert von bürgerlichen Konservativen, die keine Demokraten waren und das Land in den Faschismus führten.

Heute ist Österreich ein blühendes Gemeinwesen, wirtschaftlich gesund und in der Welt angesehen. Am 6. Mai geht es darum, ob diese erfolgreiche Politik des österreichischen Weges fort-

gesetzt werden kann oder ob Österreich das gefährliche Experiment einer neuen Bürgerblockregierung Taus-Götz droht. Es gilt alle Kraft einzusetzen, daß die Sozialisten weiterregieren können. Daher: weiter auf dem österreichischen Weg — mit der SPÖ.

Das konservative Jahrzehnt

	Zahl der Arbeitslosen
1923	144.974
1924	126.572
1925	173.345
1926	204.388
1927	203.265
1928	186.723
1929	195.570
1930	244.386
1931	303.365
1932	379.285
1933	405.745

Der österreichische Weg

	Beschäftigtenstand
1970	2,389.200
1971	2,454.900
1972	2,512.700
1973	2,608.300
1974	2,656.900
1975	2,656.400
1976	2,685.900
1977	2,737.100
1978	2,758.000

Holocaust

Die amerikanische Fernsehserie mit dem Titel „Holocaust“ — was laut Wörterbuch eigentlich Brandopfer, aber auch Massenmord heißt — ist allein in den USA von 120 Millionen Menschen gesehen worden, in der Bundesrepublik Deutschland von 15 Millionen. Mehr als dreißig Länder haben die Serie bisher übernommen. Ein von dem Amerikaner Gerald Green verfaßtes Buch, ein Roman gleichen Titels, der der Serie zugrunde liegt, hat bereits millionenfache Verbreitung. Kein Zweifel: „Holocaust“, die Fernsehserie über die Judenverfolgungen im Dritten Reich, ist ein Weltereignis.

In den USA ebenso wie in Deutschland hat die Ausstrahlung dieser Serie lebhaft Diskussionen ausgelöst. In Deutschland kam es sogar zu einem Umschwung in der Debatte über die Verjährung von Nazi-Verbrechen. „Holocaust“ ist, wie eine deutsche Zeitung geschrieben hat, zu einem „moralischen Ereignis“ für die Deutschen geworden. Es mutet sonderbar an, daß es gerade ein amerikanischer Film sein mußte, gemacht für amerikanisches Publikum und in amerikanischer Art, der eine solche Bewegung ausgelöst hat. Ein Film, der vielfach als eine die Opfer der Nazi-Barbarei beleidigende Schnulze bezeichnet wurde, hat den Verdrängungsprozeß erst so richtig sichtbar gemacht, der nach 1945 beim deutschen und wohl auch beim österreichischen Volk einsetzte. Was authentische Dokumentationen nicht vermochten, das gelang, wenigstens im Ansatz, einer amerikanischen TV-Produktion, die das ganze entsetzliche Ausmaß des Grauens gar nicht zeigen konnte und wollte.

„Holocaust“ entstand, das darf man nicht vergessen, für das amerikanische Fernsehen und für amerikanisches Fernsehpublikum. Amerikanische TV-Produktionen müssen darauf Rücksicht nehmen, daß sie, wie die liberale Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ in einem Artikel über „Holocaust“ geschrieben hat, hohe Einschaltquoten erreichen, „denn das Programm selbst ist nur die Art, Zuschauer für die verkauften Werbeeinschübe zu gewinnen.“ Als Mitteleuropäer glaubt man es kaum: auch „Holocaust“ ist im amerikanischen Fernsehen regelmäßig alle zwölf Minuten von Werbespots, insgesamt 120, unterbrochen worden. Die Rücksichtnahme auf den Wunsch der Werbewirtschaft nach hohen Zuseherzahlen bleibt nicht ohne Einfluß auf den Inhalt des Films selbst: „Kein Bild so gräßlich, daß es den Zuschauer zum Abschalten nötigen könnte.“ („Die Zeit“)

Abgesehen von dieser Rücksichtnahme, die so recht die Wechselwirkung zwischen kapitalistischem Profitstreben und künstlerischer Darstellung deutlich macht, stellt sich natürlich die Frage, ob das furchtbare Geschehen der Judenausrottung überhaupt dargestellt werden kann von Schauspielern, die geschminkt vor Kulissen agieren. Der liberale deutsche Schriftsteller Walter Jens hat darauf, in der „Zeit“, die Antwort gegeben:

„Die Hölle Dantes, die Ketzerverbrennungen — im siebenten Brand elf Kinder, wie es in den zeitgenössischen Chroniken heißt — und die End-

lösung‘ (selbst ein Rudolf Höss setzt das Wort in Anführungszeichen), die sind nicht verfilmbar, nicht in der Form von Spiel-Handlungen zu reproduzieren und nach der Art einer privaten Chronik in Szene zu setzen.“

Gewiß, „Holocaust“ ist ein Melodrama, trivial, das wahre Ausmaß der Barbarei bestenfalls andeutend, in Einzelheiten ungenau und sogar falsch. Wer nur über „Holocaust“ den Nationalsozialismus kennenlernt, wird noch viele Fragen haben, vor allem danach, wie es dazu kommen konnte. „Diese Fernsehserie hat Fragen offengelassen“, hat das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ geschrieben, „aber sie hat auch dazu geführt, daß diese Fragen in großer Breite gestellt werden.“

Hier liegt die ungeheure Chance, die es wahrzunehmen gilt. „Holocaust“ kann nur ein Anfang sein, wie unvollkommen auch immer. Aber es kann die Initialzündung für so viele sein, sich die



Frage zu stellen, wie es wirklich war und was dazu geführt hat. Aus dem gefühlsmäßigen Mitleid mit den Opfern und der gefühlsmäßigen Abneigung gegen den Nationalsozialismus, Emotionen, wie sie durch „Holocaust“ geweckt werden, muß das Erkennen der Ursachen des Faschismus werden. Darüber hinaus aber muß der Blick der breiten Öffentlichkeit für neonazistische Ansätze geschärft, ihre Abwehrbereitschaft gegen alle Formen von Faschismus und Rassismus geweckt und gestärkt werden. Es gilt, den Anfängen zu wehren.

Die unsterblichen Opfer der Nazibarbarei mahnen uns, niemals zu vergessen — und zu verhindern, daß es noch einmal so kommt!

(Geschrieben am 3. Februar 1979)

Neue Nachrichten von rechts

Gerade in jüngster Zeit, wo wieder teutonische, an die großsprecherischen Jahre des Dritten Reiches gemahnende pappige Worte durch die österreichische Öffentlichkeit geistern, wo die selbsternannten „Liberalen“ — die FPÖ — gemeinsam mit der zum Inbegriff des Neofaschismus gewordenen Nationaldemokratischen Partei des Dr. Norbert Burger in Veranstaltungen auftreten — so geschehen am 16. Jänner dieses Jahres im Gasthaus Schranz in Gols —, erscheint es notwendig, sich wieder mit einigen Aktivitäten des rechtsradikalen Lagers auseinanderzusetzen.

Konsequentes Vorgehen der Exekutive

Zunächst einmal ist es bemerkenswert, daß durch ein konsequentes Vorgehen der Exekutive gegen die österreichische Neonaziszene bereits erste Erfolge zu verzeichnen sind. So meldete die „Aktion Neue Rechte“ im Dezember 1978 in ihrer Zeitung „Richtung“.

„Demgegenüber steht eine gewisse Stagnation in Wien, die auf den menschenrechtswidrigen Polizeiterror zurückzuführen ist. Daß lastwagenweise ANR-Material beschlagnahmt wurde (und immer noch ist), daß durch Haussuchungen Eltern von Aktivisten eingeschüchtert wurden, behinderte den Parteibetrieb erheblich.“

Bereits zwei Monate später, im Februar 1979, mußte die ANR wieder ihren Lesern mitteilen:

„Gleich zwei Versammlungsverbote gab es am 23. Jänner in Wien: Eine öffentliche ANR-Kundgebung wurde — wie alle seit rund einem Jahr — wieder einmal verboten, dann auch ein Vortrag des Deutschen Kulturwerkes: Dr. Karl Otto Braun — während des Krieges Legationsrat der Deutschen Botschaft in Tokio — darf nicht zum Thema ‚Die Kriegsschuld des deutschen Widerstandes‘ sprechen. Der österreichische Linksstaat verweigert noch heute Augenzeugen des historischen Geschehens die freie Meinungsäußerung.“

Auch der sattsam bekannte Walter Ochsenberger, Herausgeber des antisemitischen und neofaschistischen Blattes „Sieg — Jugend-Presse-Dienst“, aus Vorarlberg, mußte in der ersten Doppelnummer des Jahres 1979 anführen, daß er immer wieder vor die Schranken des Gerichtes wegen seiner, an das Nazisudelblatt „Der Stürmer“ gemahnenden Zeitschrift treten muß. Immer wieder zieht er gegen den „Verhetzungsparagraphen“ her. Über diesen Paragraphen veröffentlichte Ochsenberger folgende Stellungnahme:

„Der ‚Verhetzungsparagraph‘ unseres so reformierten Strafgesetzbuches (Strafbarkeit: „Häßerregung“ gegen Gruppen) ist ein Unikum im Rechtsleben aller demokratischen Nationen sowie der gleichfalls nicht voll souveränen BR-Deutschland, wo dieselbe Ausnahmebestimmung von derselben Minderheitengruppe, den Interessenvertretern der Zionisten, durchgesetzt worden ist.“

Gerade aber dieser Paragraph ist es, der als Ergebnis eines von Österreich 1972 unterzeichneten Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung zu sehen ist, das im sogenannten „Verhetzungsparagra-

phen“ (§ 283 StGB) seinen legistischen Niederschlag gefunden hat.

Rechtsextremismus im Dunstkreis der ÖVP

Diese vordergründigen neofaschistischen Erscheinungen und ihre bewußte Einschränkung, zu der noch das durchaus positive Urteil des Obersten Gerichtshofes über die „Deutsche National-Zeitung“ hinzugefügt werden muß, dürfen gerade uns Sozialisten nicht vor einer Erscheinung ablenken, die uns in den nächsten Monaten noch einiges aufzulösen geben wird. Gemeint ist die Gefahr eines Bürgerblocks Taus — Götz in Österreich, die durchaus reale Grundlagen erkennen läßt. Hier sind es einmal Erscheinungen am Rande der ÖVP, die beim demokratischen Kern der Partei zwar Ablehnung hervorrufen: etwas lauter müßte man diese Stimmen aber hören.

Einer dieser rechtsextremen Vorkämpfer im Dunstkreis der ÖVP ist ihr Mitglied Hans Pretterebner, dessen „konservativ-liberales“ Monatsmagazin „Politische Briefe“ nahezu ausschließlich Hetzartikel gegen die SPÖ und die Regierung Kreisky enthält. Pretterebner greift dabei vornehmlich zum Mittel der persönlichen Diffamierung von SPÖ-Spitzenpolitikern. Es versteht sich von selbst, daß der neue „Politstar“ Alexander Götz Pretterebners Bewunderung findet: „Zum ersten Mal seit langem... ein Vertreter bürgerlicher Politik, der sein Geschäft versteht.“ Der ÖVP wird in diesem Zusammenhang der Rat gegeben, „den ohnehin schon längst notwendig gewordenen Rechtsruck“ zu vollziehen, um gemeinsam mit Götz gegen die SPÖ ins Feld ziehen zu können.

Ein anderer ist der Organisator der Lkw-Blockade, Dr. Karl Steinhauser, über den ÖVP-Geschäftsführer Bergmann meint, er sei ein „engagierter Bursche, der nicht beim Heurigen, sondern durch Aktionen auftrumpft.“

Steinhausers neueste „Leistung“ im Atomwahlkampf war die Verunglimpfung von ÖGB-Präsidenten Anton Benya, vor dem auf einem Plakat — wie vor einem gesuchten Verbrecher — gewarnt wurde, er sei „Agent der international-kapitalistischen Atomenergie“. Dieses Skandalplakat, gegen das gerichtliche Schritte eingeleitet wurden, erinnert frappant an die „Stürmer“-Methode der Nazis. Tatsächlich hat Steinhauser Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen. So inseriert die braune „Planungsgemeinschaft Schöneborn“ in Steinhausers „Österreichischem Blitz“.

Rechtsentwicklung der FP

Die rechte bis rechtsradikale Szene in Österreich wurde jedoch in erster Linie durch die Rechtsentwicklung in der FPÖ beeinflusst. An die Stelle von Friedrich Peter trat der an die ÖVP gebundene, scharf antisozialistische Grazer Bürgermeister DDr. Alexander Götz. Trotz seiner Jugend (Jahrgang 1928) kann auch Götz bereits auf eine braune Karriere zurückblicken. Als HJ-Führer in der Steiermark wurde er von den Engländern in Wolfsberg interniert und betätigte sich auch nach 1945

noch im alten Geiste. Laut eigenen Angaben wurde er verhaftet und verbrachte 14 Monate in Einzelhaft im Grazer Landesgericht. Angeblich — nach den Aussagen seiner ehemaligen Parteifreunde Norbert Burger und Karl Peter — wurde Götz 1948 wegen Wiederbetätigung nach dem NS-Gesetz im Zusammenhang mit der neonazistischen Soucek-Gruppe angeklagt. Hauptexponent der rechtsradikalen Tendenzen in der FPÖ ist der Kärntner Abgeordnete zum Nationalrat Primarius Dr. Otto Scrinzi. Augenscheinlich ist immer wieder sein gemeinsames Auftreten mit offenen Neofaschisten wie dem ANR-Führer Dr. Bruno Haas oder Lisbeth Grolitsch vom Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes. Scrinzis Sympathien gehören der neofaschistischen „Deutschen National-Zeitung“, für die er häufig

schreibt. Als einziger österreichischer und deutscher Abgeordneter unterzeichnete Otto Scrinzi 1978 gemeinsam mit dem berüchtigten Neofaschisten Oberst Hans-Ulrich Rudel, der Hitler-Verherrlerin Winifred Wagner und zahlreichen weniger prominenten Neofaschisten den Aufruf zur Verjähmung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland.

Von der „unabhängigen“ Presse über bestimmte ÖVP-Kreise bis zu den Neofaschisten reicht der Bogen jener, die sich von einem Bürgerblock FPÖ—ÖVP Aufwind für ihre politischen Bestrebungen erwarten. Unternehmen wir daher alle Anstrengungen, damit dieses für unsere Republik mehr als bedenkliche Potential am 6. Mai eine klare Absage erhält.

Ein längst fälliges Urteil

„National-Zeitung“ betätigt sich im nationalsozialistischen Sinn

Die Beschöniger und Verharmloser des Nationalsozialismus, vornehmlich in der „Deutschen National-Zeitung“ zu finden, pflegen ihre Propagandatiraden als „Erörterung historischer Tatsachen“ hinzustellen oder als „Diskussionsbeitrag“ zu verniedlichen. Dem hat nun der Oberste Gerichtshof in dankenswerter Klarheit ein Erkenntnis entgegengestellt, in dem es heißt, daß schon die propagandistisch einseitige Verharmlosung menschenrechtswidriger nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen einer Betätigung im nationalsozialistischen Sinn gemäß Verbotsgesetz entspricht.

„Beschönigung des NS-Systems“

Ausgelöst wurde dieses höchstgerichtliche Urteil durch einen Artikel, in dem die „Deutsche National-Zeitung“ am 8. April 1977 unter dem Titel „Der Schwindel des 20. Jahrhunderts — Das Ende der 6-Millionen-Lüge“ Auszüge aus dem Buch eines amerikanischen Professors, Dr. Arthur R. Butz, „Der Jahrhundert-Betrug“, veröffentlichte. Was von diesem Machwerk zu halten ist, geht aus dem Urteil des Obersten Gerichtshofes klar hervor:

„Hauptanliegen des die inkriminierten Stellen enthaltenden Auszugs aus dem Buch ‚Der Jahrhundert-Betrug‘ ist es, in tendenziöser und teils polemischer Form zu widerlegen, daß in deutschen Konzentrationslagern Millionen Menschen, insbesondere Juden, im Sinn eines Völkermordes planmäßig vernichtet wurden. Darüber hinaus aber wird überhaupt auch das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager als solches massiv zu beschönigen und zu rechtfertigen versucht.“

Und der Oberste Gerichtshof schließt daran an:

„Schon diese propagandistisch einseitige Verharmlosung menschenrechtswidriger nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen entspricht jedenfalls vollauf dem Wesen der sohin vom Erstgericht ohne Rechtsirrtum angenommenen objektiven Betätigung im nationalsozialistischen Sinn gemäß dem § 3g Verbotsg, so daß es sich erübrigt, auf die historische Wahrheit in Ansehung der systematischen Massenvernichtung von Menschen in deutschen Konzentrationslagern während der nationalsozialistischen Herrschaft näher einzugehen.“

Den „Beschwerdeeinwänden“ des Herausgebers der „Deutschen National-Zeitung“, Dr. Gerhard Frey, die „Erörterung historischer Tatsachen“ müsse zulässig sein, und es könne von einer „Verherrlichung des Nationalsozialismus oder einer Betätigung im nationalsozialistischen Sinn“ keine Rede sein, hält der Oberste Gerichtshof entgegen, zur Betätigung im nationalsozialistischen Sinn gehöre „auch jede objektiv einseitige, propagandistisch vorteilhafte Darstellung nationalsozialistischer Maßnahmen und Zielsetzungen in Druckwerken“.

„Verherrlichung der Annexion Österreichs“

Auch in bezug auf ein in der „Deutschen National-Zeitung“ vom 29. April 1977 erschienenes Inserat mit der Ankündigung des Bildbandes „Der Österreich-Anschluß 1938“ vertritt der Oberste Gerichtshof diese Rechtsmeinung gegen den Einwand, die inkriminierten Passagen bezögen sich auf die Sicht des Jahres 1938 und seien demnach „als historische Betrachtung, aber nicht als Identifizierung mit dem damaligen Geschehen zu verstehen“. Dagegen stellt der Oberste Gerichtshof fest:

„Der in Rede stehende Text, im Zusammenhang gelesen, bringt unmißverständlich die Meinung zum Ausdruck, daß der Anschluß Österreichs an das ‚Großdeutsche Reich‘, der als ‚Triumph des deutschen Volkes beiderseits der Grenzen‘ bezeichnet wird, auch heute noch die Begeisterung eines Teils der Bevölkerung, und zwar der damals jung gewesenen Generation, finde.“

Diese Ankündigung müsse daher vom unbefangenen Leser als Verherrlichung der historischen Vorgänge um die Annexion Österreichs durch Deutschland verstanden werden und stelle sich als Betätigung im nationalsozialistischen Sinn gemäß Verbotsgesetz dar.

Den Schmierfinken das Handwerk legen

Man kann nur hoffen, daß dieses längst fällige Urteil wirklich die verstärkte Tätigkeit der Pressepolizei gegen rechtsradikale Zeitungen zur Folge hat, die Innenminister Lanc nach Bekanntwerden dieses Erkenntnisses in Aussicht gestellt hat. Es wäre hoch an der Zeit, den rechtsradikalen Schmierfinken endlich das Handwerk zu legen.

Interview mit dem Generalsekretär der
PSOE, Felipe Gonzales

Demokratie - einzigiger Weg zum Sozialismus

Felipe Gonzales

In der illegalen Zeit, unter Francos Herrschaft in Spanien, wurde er „Isidoro“ genannt, ein unermüdlicher Aktivist, der 1974 im Alter von nur 32 Jahren Generalsekretär der 100 Jahre alten Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) wurde. Ende 1975 verließ er nach Francos Tod, wie viele andere spanische politische Führer, den Untergrund. Noch 1977, während der Kampagne für die ersten demokratischen Wahlen, trug Felipe Gonzales, ein Anwalt aus Sevilla, den Decknamen „Hirrican Felipe“, als er die alte PSOE mit der Hilfe eines jungen Teams mit 30 Prozent der Wählerstimmen zur zweitgrößten politischen Partei Spaniens machte.

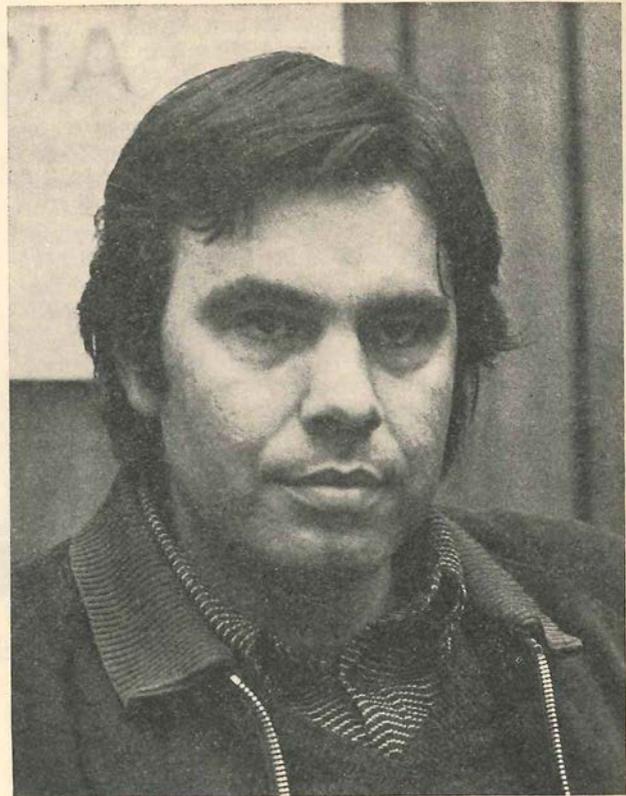
Heute ist Gonzales 36 Jahre, verheiratet und Vater von drei Kindern. In der spärlichen Freizeit spielt der Raucher kubanischer Zigarren Fußball. Gonzales beherrscht die Linke Spaniens und gilt als eine der bemerkenswertesten neuen Personen Westeuropas, die in den letzten Jahren bekannt geworden sind. Seine intensive Tätigkeit in der Sozialistischen Internationale hat ihn weit über die Grenzen Spaniens hinaus bekannt gemacht.

Frage: Wie würdest du die Notwendigkeiten des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien beschreiben?

Gonzales: Der spanische Fall hat Charakteristika, die im Gegensatz zum Zusammenbruch anderer Diktaturen stehen. Zum Beispiel ist in Spanien die Staatsmaschine nicht plötzlich zusammengebrochen. Die politische Veränderung basierte nicht auf einer starken Niederlage des alten Regimes. Wir haben nicht die Verwirrung erlebt wie nach dem Fall Hitlers oder Mussolinis und auch nicht eine so totale und fraglose Niederlage wie das alte Regime in Portugal 1974.

Frage: Kann man sagen, daß im spanischen Prozeß die revolutionäre Komponente fehlte?

Gonzales: Ja, wir sind nicht an lärmenden Vor-



gängen interessiert. Der klassische Ablauf für einen Übergang von einem autoritären Prozeß zu einem demokratischen ist der Ablauf in mehreren Stufen. Zuerst ist da meist ein provisorisches Regime. Dann wird es von weitertreibenden Kräften zu einem konstitutionellen Status mittels demokratischer Wahlen und der Wiedereinsetzung einer Regierung verwandelt. Dann wird es für politische Vereinigungen Zeit, Platz zu nehmen. Hier in Spanien aber hatten wir Kontinuität. Wir haben eben Reform an Stelle einer Revolution gehabt. Die Staatsmaschine wurde geöffnet. Aber wir haben eine neue Konstitution, und alle Gesetze der Franco-Ära wurden nicht reformiert, sondern ersetzt.

Frage: Was sind nun die Hauptfaktoren in diesem Veränderungsprozeß?

Gonzales: Es gibt viele. Den Willen des Königs zum Beispiel, oder das Verhalten politischer Führer und Parteien. Dann die spanische Gesellschaftsstruktur. In den sechziger Jahren hat die spanische Gesellschaft eine bemerkenswerte Veränderung in Richtung ökonomischen Wachstums mitgemacht. Unter dieser Entwicklung verstehen wir bessere Einkommensverteilung, mehr Lebensqualität. Die Kosten für diese Prozesse waren aber extrem hoch: Mehr als eine Million Menschen verließen das Land, um Arbeit zu suchen, während der Fremdenverkehr florierete. Das Endresultat war, daß Spanien in den sechziger Jahren großen sozialen Umwälzungen unterlag. Wir wurden eine industrialisierte Gesellschaft. Ich würde sagen, daß wir nun in der Mitte zwischen Lateinamerika und Nordeuropa plaziert sind.

Frage: Und die Konsequenzen?

Gonzales: Es gibt mehrere. Die Arbeiterbewegung wurde stärker. Die politischen Parteien haben trotz Illegalität ihre Strukturen verstärkt. Nun hat der spanische Ministerpräsident Adolfo Suarez einen Punkt unter einen konstitutionellen Veränderungsprozeß gesetzt, der normalerweise in den Stra-

ßen entschieden wird. Nun glaube ich, daß die spanische Gesellschaftsstruktur gesund ist, weil sie die Kapazität hatte, die unberechenbaren Begleiterscheinungen eines solchen Veränderungsprozesses zu absorbieren.

Frage: Deine Partei spricht viel über sich als Alternative für die Macht. Gibt es keinen Unterschied zwischen Macht und Regierung? Ist drei Jahre nach Francos Tod das Land wirklich schon bereit, die Macht den Sozialisten zu übergeben? Diesen Punkt haben ja vor allem auch die Kommunisten hervorgehoben.

Gonzales: Vom kommunistischen Standpunkt ist die Demokratie immer „zu jung“. Ich verstehe ihren Standpunkt, aber ich teile ihn nicht. Ich glaube, daß das gegenwärtige Regime seine Reformkapazität verloren hat. Nun benötigt jede weitere zu erwartende Reform eine Veränderung.

Frage: Durch eine sozialistische Alternative?

Gonzales: Ich sagte niemals, die PSOE sei eine revolutionäre Alternative. Was ist zum Beispiel mit dem Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie? Ein Fehler, der häufig von der Linken begangen wird, ist die Vermischung von ursprünglicher und bürgerlicher Demokratie. Diese berücksichtigt zwar die Personen, aber nicht alle Bürgerrechte. Ihre Rechte sind nicht das Geschenk der bürgerlichen Demokratie, sondern eine Folge der

Arbeiterbewegung. Auch das Wahlrecht ist kein Geschenk dieser bürgerlichen Demokratie, sondern eine Auswirkung des Arbeiterdruckes. Dann gibt es auch noch die Frage, ob der Sozialismus ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus sein soll. Ich denke, daß Demokratie — jetzt ohne Attribut — der einzige Weg zum Sozialismus sein muß. Sozialismus ist eine tiefere Erfüllung der Demokratie, keine Alternative dazu.

Frage: Und die Frage des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Marxismus?

Gonzales: Man kann nicht sagen, daß Marxismus eine Definition von Sozialismus ist. Marx war ein revolutionärer Mann, zwischen ihm und dem Sozialismus besteht ein ähnliches Verhältnis wie zwischen Freud und der Analyse. Aber nicht jeder Analytiker ist Freudianer. In einigen Aspekten ist Freud heute überholt. Ähnlich geht es Marx. Zum Beispiel ist seine Staatstheorie heute überholt. Andererseits ist der Antimarxismus die Blindheit der Rechten. Die marxistische Analyse der Menschheitsentwicklung kann nicht ersetzt werden. Wenn die Rechten Marx bekämpfen, wollen sie nur die Freiheit bekämpfen. Außerdem — was ist heute Marxismus? Es gibt beispielsweise einen sowjetischen, einen chinesischen, einen albanischen. Ich kam zur PSOE über den Marxismus, aber ich kann kein Dogma akzeptieren.

Unsere Reise nach Spanien

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hat zur Erinnerung an die nach einem blutigen Bürgerkrieg erfolgte Machtergreifung Francos beschlossen, mit den Widerstandskämpfern und demokratischen Kräften Spaniens neuen Kontakt aufzunehmen. Es sind die Vorbereitungen für diese Reise bereits in vollem Gange. Ursprünglich war dafür die Zeit vom 24. März bis 7. April 1979 in Aussicht genommen. Mit Rücksicht darauf, daß in Niederösterreich und Salzburg am 25. März die Landtagswahlen angesetzt sind, muß nunmehr der Reiseterrmin um zwei Tage verschoben werden. Der neue Termin:

26. März bis 9. April 1979.

Die voraussichtliche Reiseroute:

- 26. März, 7 Uhr: Abreise, Wien — Salzburg — Kufstein — Innsbruck — Landeck — Feldkirch
- 27. März, 8 Uhr: Feldkirch — Zürich — Bern — Lausanne — Genf — Lyon
- 28. März, 8 Uhr: Lyon — Avignon — Montpellier — Barcelona

- 29. März: Barcelona
- 30. März, 8 Uhr: Barcelona — Zaragoza — Madrid (abends)
- 31. März: Madrid
- 1. April: Madrid
- 2. April: Madrid
- 3. April, 8 Uhr: Madrid — Valencia
- 4. April: Valencia
- 5. April, 8 Uhr: Valencia — Barcelona
- 6. April, 8 Uhr: Barcelona — Perpignan — Marseille
- 7. April, 8 Uhr: Marseille — Autobahn — Cannes — Nice — Genua
- 8. April, 8 Uhr: Genua — Mailand — Venedig
- 9. April: Venedig — Wien

An dieser Gemeinschaftsreise werden Funktionäre der Opferverbände und Spanienkämpfer (auch mit Ehegattinnen) teilnehmen. Es werden die Stätten besucht, an denen die spanischen Revolutionäre mit den internationalen Brigaden für Freiheit und Demokratie gekämpft und geblutet haben. Den Teilnehmern geht zeitgerecht das endgültige Reiseprogramm zu.

Otto Bauer – noch immer aktuell

Zwar nicht unmittelbar am 40. Todestag Otto Bauers am 4. Juli, aber zu einem ähnlich bedeutenden Termin, nämlich rund um den 12. November 1978, veranstaltete der Sozialistische Jugendrat, die Dachorganisation der sozialistischen Jugendverbände, ein Symposium zum Thema „40. Todesjahr Otto Bauers – Die Aktualität des Austromarxismus“. Referenten und Teilnehmer auch aus dem Ausland sowie zwischen hundert und zweihundert Anwesende bei den einzelnen Programmpunkten der dreitägigen Veranstaltung bewiesen, daß Gedanke und Tat des geistigen Führers der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik Faszination und Aktualität für die dauernd notwendige Strategiedebatte auch der heutigen Sozialisten besitzen.

In ihrer Eröffnungsansprache nahm Wissenschaftsminister Hertha Firnberg zur Rolle Otto Bauers in der österreichischen Sozialdemokratie Stellung. Er war der dominierende Politiker,



Zwei Erlebnisse

Zwei Erlebnisse aus dem vorigen Jahr haben mir die Bedeutung des „NIEMALS VERGESSEN“ als Verpflichtung wieder in Erinnerung gebracht.

Als ich Anfang des Jahres im Dokumentationszentrum zu tun hatte, waren die Offiziersschüler der Militärakademie Wiener Neustadt zu einer Führung gekommen, die von Professor Steiner geleitet wurde. Ich habe damals an das „Einst“ des Bundesheeres von 1927, 1934 und 1938 denken müssen und war froh zu sehen, wie relativ unbekannt Tatsachen den jungen Militärakademikern nahegebracht wurden.

Anfangs April hatte ich dann Gelegenheit, aufgefordert durch die Leitung der Akademie zur Prüfungsvorbereitung junger Berufsschullehrer, eine Exkursion nach Mauthausen zu führen. In meiner Dienstzeit hatte ich durch Jahre hindurch viele Hunderte Schüler meiner Staatsbürgerkundeklassen an der Graphischen Berufsschule – zuerst mit unserem Genossen Klar – nach Mauthausen geführt. Dabei konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß der Anschauungsunterricht aus der Zeitgeschichte, vor allem in den ersten Jahren des damals noch sehr desolaten Lagers, ungeheure Wirkung auf die Schüler hatte. Ebenso, als ich einmal bei einer Führung eines Wiener Mädchenrealgymnasiums einspringen konnte. Die wirkungsvollste Führung war mir aber bei der Berufsschullehrer-Akademie möglich, denen als erwachsene Menschen die Zeiten nähergebracht wurden, von denen sie vielleicht in ihrer Kindheit flüsternd erfahren haben. Ich werde also den heurigen Jahrgang wieder führen und hoffe, daß die heutigen Junglehrer in kommenden Jahren selbst ihre Berufsschüler nach Mauthausen bringen werden.

Franz Lichtenberg, Wien

Lehrer und Theoretiker der sozialdemokratischen Partei in der Zwischenkriegszeit, ein glänzender Parlamentarier, Redner und Publizist, sagte Firnberg und verwies darauf, daß Bauers Ziel, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität weltweit zu verwirklichen, erneut im SPÖ-Partei-programm 1978 niedergeschrieben wurde. Josef Hindels ging dann näher auf das gesamte Wesen des Austromarxismus ein, einer Strömung, die nie eine geschlossene Gesellschaftsphilosophie, sondern immer ein Bündel von Tendenzen und Richtungen war. Als wesentlich hob Hindels dabei trotz dieser Vielgesichtigkeit das Bemühen um Einheit hervor: Einheit sowohl im nationalen Rahmen – was der österreichischen Sozialdemokratie durch ein bewußtes Festhalten am Marxismus und den versuchten Aufbau einer Gegengesellschaft in Gestalt unzähliger Nebenorganisationen und des „Roten Wiens“ gelang – als auch im internationalen Rahmen – vorerst durch den Versuch, mittels einer „Internationale Zweieinhalb“ die Spaltung zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Internationale zu überwinden, dann durch das Bemühen, durch eine Vermittlungstätigkeit am linken Rand der 2. Internationale zumindest gegen den aufkommenden Faschismus eine internationale Aktionseinheit der Arbeiterbewegung zustande zu bringen.

Mit der Weiterentwicklung dieser Bestrebungen durch Otto Bauer in seinem 1936 verfaßten Buch „Zwischen zwei Weltkriegen“ beschäftigte sich dann das Referat von Detlev Albers (Universität Bremen) über das Konzept des „Integralen Sozialismus“. Diese Vision Bauers von einer Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch einen gegenseitigen Lernprozeß, in den die Sozialdemokraten ihr demokratisches Erbe, die Kommunisten ihr revolutionäres Erbe einbringen sollten, sei zwar vielleicht in dieser Form historisch überholt, aber angesichts einer immer stärkeren Aufweichung starrer Fronten, für die Albers die Existenz eurokommunistischer Strömungen als Beweis anführte, vom Prinzip her aktueller denn je nach 1945. Nachdem Fritz Weber – Assistent des leider erkrankten Prof. Eduard März – in einem Beitrag die Vorstellungen Bauers von einer Sozialisierung der Betriebe als Weg zu einer demokratischen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft geschildert und dabei zahlreiche Bezüge zur aktuellen Situation der verstaatlichten Betriebe in Österreich hergestellt hatte, standen die beiden abschließenden Referate von Giacomo Maramao (Universität Neapel) und Lucio Lombardo-Radice (Universität Rom) wieder im Zeichen der Bedeutung des Austromarxismus für die internationale Arbeiterbewegung heute. Es sei über alle Parteischranken hinweg für alle, die an einem demokratischen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und an einem demokratischen Sozialismus interessiert seien, lebensnotwendig, den von Bauer für den Austromarxismus reklamierten „dritten Weg“ zwischen kommunistischer Dogmatik und reinem Reformismus wiederaufzunehmen und weiterzuentwickeln – eine These, der sich auch Josef Hindels in seinem Schlußwort anschloß: „Otto Bauer gehört all jenen, die ernsthaft an einer demokratischen Entwicklung zum Sozialismus interessiert sind und die sich nicht im Rahmen der bestehenden Gesellschaft häuslich einrichten.“

12. Februar – Mahnung und Auftrag

Vor 45 Jahren, am 12. Februar 1934, hat die Bürgerblockregierung unter Dollfuß durch den schon seit einem Jahr vorbereiteten Staatsstreich die Erste Republik vernichtet. Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Organisationen, nach der Auflösung der Freien Gewerkschaften, war der Weg frei für die Errichtung des Ständestaates.

Dollfuß hat dieses schmachliche Ziel nur mit Hilfe der Heimwehren und der gegen die Verfassung mißbrauchten Exekutive erreicht.

Wir werden es nie vergessen, daß die demokratisch eingestellte Arbeiterschaft heldenhaft Freiheit und Verfassung verteidigte, wofür viele Freiheitskämpfer in die Kerker wanderten. Die Verfassungsbrecher scheuten sich nicht, die durch das Standgericht zum Tode verurteilten Verteidiger der Republik am Galgen zu ermorden.

Wir haben es auch nicht vergessen — dies sei sowohl dem Herrn Taus als auch dem Herrn Götz gesagt —, daß nach dem Ende dieses heroischen Kampfes der Arbeiterschaft alle anderen demokratischen Einrichtungen der Republik, der Verfassungsgerichtshof wie der Verwaltungsgerichtshof, aufgelöst wurden.

Aus der Vergangenheit lernen

Wir feiern am 12. Februar nicht nur den Tag, an dem wir um unsere Freiheit kämpfen mußten,

12. Februar

*Gebietet den brausenden Rädern zu halten,
den stampfenden, lärmenden Hämmern zu schweigen,
wie damals. Wir wollen die Hände nun falten
und uns vor den Gräbern der Kühnen verneigen.*

*Sie wollten den furchtbaren Dammbbruch vermeiden
und gaben der Freiheit zuliebe ihr Leben.
Sie ahnten die Jahre der kommenden Leiden
und opferten sich, um ein Beispiel zu geben.*

*Wir haben ein großes Vermächtnis empfangen
und stärken aus ihm unseren heiligen Glauben.
Wir werden schon morgen zum Ziele gelangen
und lassen die Freiheit uns niemals mehr rauben.*

*Seid wachsam! Vernehmet das ewige Mahnen.
Der Sinn dieses Tages darf niemals vergehen.
Seid kühn! Hebt empor eure leuchtenden Fahnen.
Wir waren, wir sind und wir werden bestehen.*

WILHELM ADAMETZ

sondern auch den Tag, an dem der Grundstein zur Wiederauferstehung der demokratischen Zweiten Republik, der gefestigten Idee des demokratischen Sozialismus, der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens in unserem Lande gelegt wurde.

Was wir aber aus der Vergangenheit gelernt haben und immer wieder lernen müssen, ist noch etwas anderes. Unsere Gegner von heute werden immer wieder versuchen, das Vertrauen der Bevölkerung zu sozialistischen Politikern und Mandatären zu untergraben. Ihnen ist kein Mittel zu schlecht. Sie scheuen nicht einmal davor zurück, den Vorwurf des Verfassungsbruches zu erheben, obwohl sie ganz genau wissen, daß die Sozialisten Verteidiger der Verfassung waren, sind und bleiben werden.

Das Gebot der Stunde

Darum das Gebot der Stunde: Scharen wir uns fester denn je um die Sozialistische Partei. Dies gilt in erster Linie für die jungen Menschen, denen es erspart bleiben möge, daß sie jemals solche Erfahrungen in ihrem Leben sammeln müssen!

Denkt daran:

Daß die Sicherung der Arbeitsplätze das größte Anliegen der Sozialisten ist!

Daß die sozialen Rechte und Errungenschaften weiterhin nur in einer sozialistischen Regierung gewährleistet bleiben!

Daß die Sozialisten die Garanten für Freiheit und Demokratie sind.

Wir glauben, daß die Wähler und Wählerinnen am 6. Mai 1979, wenn sie den Gang in das Wahllokal antreten, in dem Bewußtsein der Leistungen der sozialistischen Regierung in den zehn Jahren ihres Wirkens, ihre Stimme und ihr Vertrauen den Sozialisten einfach geben müssen.

Das Vermächtnis erfüllen

Erkennen wir dies, dann erfüllen wir damit das Vermächtnis der Februarkämpfer von 1934. Die Opfer des Freiheitskampfes dürfen nicht umsonst gebracht worden sein! Wir müssen bereit sein, im gegenwärtigen Kampfe alles zu tun, um für alle Zukunft größere Opfer zu verhindern!

Man empfiehlt uns immer: „Schließt die Gräber, laßt die Toten ruhen und die Wunden heilen!“

Dies wäre auch unser Wunsch, aber wie können die Wunden heilen, wenn sie immer wieder aufgerissen werden!

Darum noch einmal: treffen wir Vorsorge, daß solche Wunden nicht mehr geschlagen werden!

Der 6. Mai 1979 ist ein Tag, an dem wir einer schönen Zukunft in Österreich den Weg bahnen können!

Niemals vergessen



OTTO PROBST
ZUM GEDENKEN

Kurz vor Weihnachten 1978 wurde Otto Probst mitten aus seiner Arbeit gerissen. Er starb plötzlich und unerwartet im 67. Lebensjahr an seinem Arbeitsplatz im Parlament.

Genosse Probst war ein Vertrauensmann unserer Partei, der die besten Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung verkörpert hat. Sein Lebensweg ist symbolisch für den Aufstieg der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft zur staatstragenden und staatsgestaltenden Kraft in Österreich. Er war aber auch einer jener, deren sozialistische Gesinnung selbst die Nazibarbarei nicht brechen konnte.

Otto Probst war bis zu seinem Tod mit dem Wiener Bezirk Favoriten verbunden. Hier hatte er seine politischen Wurzeln, hier begann er als Obmann der Sozialistischen Arbeiterjugend seine politische Laufbahn, die ihn bis in wichtigste Funktionen in Partei und Staat führen sollte. Als langjähriger Obmann der Bezirksorganisation Favoriten wurde er vom politischen Gegner als „Kaiser von Favoriten“ bezeichnet — sie ahnten gar nicht, wie sehr er geliebt wurde und wie sehr ihn dieser ironisch gemeinte Titel in Wirklichkeit ehrte.

In den Jahren des Faschismus hatte Otto Probst unter schweren politischen Verfolgungen zu leiden. Unter Schuschnigg wie unter Hitler mußte der hochaktive Funktionär der illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten für Jahre ins Gefängnis und ins Konzentrationslager. Aus Buchenwald 1943 entlassen, wurde er einer Strafkompagnie der deutschen Wehrmacht zugeteilt, mit der er an die Ostfront mußte.

Nach dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft stellte sich Genosse Probst sofort für den Wiederaufbau des demokratischen Österreich zur Verfügung. Schon im November 1945 wurde er in den Nationalrat gewählt, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Er war Zentralsekretär der Partei, Obmann der Wiener Organisation und einige Jahre auch Verkehrsminister.

Otto Probst war Funktionär im besten Sinne des Wortes. Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl prägten alles, was er tat. Seine Arbeit war von großer Gesinnungstreue gekennzeichnet. Wir werden ihn niemals vergessen.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Peter Pelinka, Hans Waschek

Stella Klein-Löw — 75. Geburtstag

Die langjährige Nationalratsabgeordnete Dr. Stella Klein-Löw feierte im Jänner ihren 75. Geburtstag. Seit ihrer Jugend gehört sie der sozialdemokratischen Partei an. Vor allem engagierte sie sich im sozialistischen Bildungswesen, jahrelang war sie zweite Vorsitzende des Wiener Bildungsausschusses und Vorsitzende-Stellvertreterin des Zentralbildungsausschusses der SPÖ. Von Beruf Lehrerin, war sie zuletzt Direktorin der Allgemeinbildenden Höheren Schule für Mädchen in Wien-Floridsdorf. 1959 wurde sie in den Nationalrat gewählt, dem sie bis 1970 angehörte. Ihre politische Arbeit hinderte sie nicht, auf den Gebieten der Schul- und Familienberatung tätig zu sein. Sie war Mitglied des Bundesparteiverbandes und des Bundesfrauenkomitees der SPÖ sowie des Bezirksverbandes der Wiener Bezirksorganisation Leopoldstadt. Ihre reichen Erfahrungen schlagen sich nun in Büchern nieder: „Kinder unserer Zeit“ ist im Jungbrunnen Verlag erschienen, Memoiren der Jubilarin sind zu erwarten.

Ferdinand Tschürtz Zum 40. Todestag

Schon früh mit den Nöten der arbeitenden Menschen bekannt geworden, kam Genosse Tschürtz von den sozialistischen Studenten zur Sozialistischen Arbeiterjugend. Er wurde der geistige Initiator und unermüdete Organisator, der es aus innerster Überzeugung verstand, die heranwachsende Jugend für die sozialistische Idee zu gewinnen. Sein Wirken erstreckte sich bis in den Verbandsvorstand der SAJ, wo er sich für die Forderungen der arbeitenden Jugend wirksam einsetzte, deren warmherziger Freund er war. Schon am 1. Mai 1933 erfolgte seine erste Verhaftung, als er trotz Verbots mit Jugendlichen in Blauhemden demonstrierte.

Genosse Tschürtz war in verschiedenen Funktionen der Sozialdemokratischen Partei tätig. Er war auch bei den entscheidenden Beratungen der Mödlinger Parteifunktionäre am 12. und 13. Februar 1934 dabei, als über den Einsatz des Republikanischen Schutzbundes beschlossen wurde, der zu einer bewaffneten Abwehraktion gegen die angreifende Heimwehr führte. Im Juli 1934 wurde er mit anderen noch auf freiem Fuß befindlichen Parteifunktionären nach Wöllersdorf gebracht. Sein ungebrochener Kampfgeist wurde sofort nach seiner Freilassung wieder wirksam, als er die Verbindung mit dem Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten aufnahm und selbst die Leitung der illegalen Arbeit im Bezirk Mödling übernahm. Darüber hinaus war er im ganzen Land als Agitator tätig. Sein unerschrockener Einsatz war schon damals beispielgebend. Mit zahlreichen illegalen Funktionären der RS der Südbahnstrecke wurde er als einer der ersten im Februar 1935 verhaftet und nach monatelanger Untersuchungshaft im Kreisgericht Wr. Neustadt in einem Prozeß, in dem er eine standhafte Verteidigungsrede hielt, nach Berufung zu fünf Jahren schwerem Kerker verurteilt. Nach seiner Amnestierung nahm er mit einer gewissen Vorsicht seine frühere Tätigkeit wieder auf. Er schreckte aber auch, trotz seiner nichtarischen Abstammung, in der braunen Diktatur vor der illegalen Arbeit nicht zurück, die weitaus schwieriger und bedeutend gefährlicher geworden war. Dem Drängen seiner Freunde und Mitkämpfer nachgebend, entschloß er sich sehr spät zur Emigration; doch es kam nicht mehr dazu. Die Gestapo verhaftete Genossen Tschürtz und brachte ihn in das Konzentrationslager Buchenwald. Seine aufrechte Haltung gab vielen die Kraft zum Durchhalten. Sein geschwächter Körper jedoch war den unmenschlichen Strapazen nicht gewachsen.

Vor 40 Jahren, am 19. Jänner 1939, wurde dem beispielhaften Leben des stets aufrechten Sozialisten Ferdinand Tschürtz in Buchenwald ein Ende gesetzt. Wir werden ihn niemals vergessen!

Am Mahnmahl auf dem Mödlinger Friedhof legten die Sozialistischen Freiheitskämpfer und Parteifreunde einen Kranz nieder. Gedenkworte sprach einer seiner Mitkämpfer, LA a. D. Rohata.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Bezirksgruppe Mödling. Am 19. Oktober 1978 konnte Obmann Genosse Rohata neben den Mitgliedern den Landesverbandsobmann Genossen Lesjak und LAbg. Franz Fürst besonders begrüßen. Nach einem Klaviervortrag des Genossen Deutsch berichtete der Obmann über die Tätigkeit der Bezirksgruppe und über die Teilnahme an den zentralen Veranstaltungen. 40 Anträge wurden an den Hilfsfonds eingereicht, von denen ein größerer Teil schon erledigt wurde. Ein schriftlicher Bericht über das Geschehen im Kampf gegen den Faschismus im Bezirk Mödling wurde allen Mitgliedern zugeleitet. Genosse Rohata erinnerte abschließend an die Gedenktage „60. Todestag Victor Adlers“, „60 Jahre Republik Österreich“, „90 Jahre Einigungsparteitag Hainfeld“ und appellierte zur aktiven Mitarbeit bei den kommenden Landtagswahlen in Niederösterreich und der Nationalratswahl im Jahr 1979, wobei er das Gedicht von Ernst Toller „Den Lebenden“ zitierte: „Euer wartet die schaffende Tat!“.

Im anschließenden Teil der Versammlung erfolgte die Übergabe der goldenen Abzeichen an drei Genossinnen und elf Genossen, die sich durch die Teilnahme am antifaschistischen Abwehrkampf der politischen Verfolgung ausgesetzt haben. Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Versammlung geschlossen.

Steiermark

Kapfenberg. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat einen schweren Verlust erlitten. Unser Mitglied Alois Lingl ist durch eine Herzattacke an seinem Arbeitsplatz vom Tode ereilt worden. Alois Lingl war im 57. Jahr und hat mit seinem Freund Alois Mil fast 40 Jahre die Bevölkerung als Duo mit Jodlergesang begeistert. Ob seiner sozialistischen Einstellung mußte er in der Zeit des dunklen Faschismus fast ein Jahr in den Kerkern schmachten. Eine unübersehbare Menschenmenge gab ihm sein letztes Geleit. Bei seiner Verabschiedung sprach der Betriebsrat, Herr Goag, tiefempfundene Abschiedsworte. Ein Bläserquartett und der Männerchor der Chorvereinigung Stahlklang umrahmten die Trauerfeierlichkeit. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen.“

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Favoriten

Die Bezirksgruppe Favoriten feierte am 16. Dezember 1978 den 75. Geburtstag ihres rührigen Obmannes Hans Schiller. Genosse Karl Milota begrüßte die erschienenen Genossinnen und Genossen, unter anderen den Präsidenten des Nationalrates, Genossen O. Probst, den Genossen Zak, den pensionierten Bezirksvorsteher und Gem.-Rat Genossen E. Fucik, den Landtagsabgeordneten und Bezirkssekretär H. Ludwig, den Bezirksobmann der Partei, Genossen H. Braun, und dankte dem Jubilar für seine nimmermüde Tätigkeit als Obmann unseres Bundes im Bezirk seit der Gründung, wünschte ihm noch viele

Minderheiten in Österreich

In Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Informationszentrum der SFR Jugoslawien veranstaltet die Wiener Volkshochschule Brigittenau (Wien 20, Raffaelgasse 13) eine Film- und Vortragsreihe zum Thema „Minderheiten in Österreich“. Der Beginn ist jeweils um 19 Uhr:

Dienstag, 13. März: Film „Die Rückkehr“.

Dienstag, 3. April: Dr. Vladimir Klemencic (Universität Ljubljana): Der jugoslawische Standpunkt zur Lage der Slowenen in Österreich (in deutscher Sprache).

Dienstag, 8. Mai: Professor Dr. Matjaz Kmecl (Philosophische Fakultät Ljubljana): Die Literatur der Slowenen in Österreich (in deutscher Sprache).

Dienstag, 22. Mai: Film „Fremde in der Heimat?“. Einleitende Worte: Dr. Trautl Brandstaller.

Dienstag, 29. Mai: Professor Dr. Theodor Weiter: Die Minderheiten aus österreichischer Sicht.

Jahre Gesundheit, damit er seine Tätigkeit noch viele Jahre ausüben kann. Als Anerkennung überreichte er ihm eine goldene Victor-Adler-Medaille und einen Strauß roter Nelken. Er verband damit die Hoffnung auf eine weitere, gedeihliche Zusammenarbeit in der Bezirksgruppe.

Genosse Braun beglückwünschte ihn ebenfalls als Bezirksobmann der SPÖ und betonte die gute Zusammenarbeit. Als einem der jüngsten in diesem Kreise seien ihm gerade die Freiheitskämpfer ein Vorbild in seiner Tätigkeit gewesen, er habe die Kämpfe nicht selbst erlebt, kenne sie aber aus der vorhandenen Lektüre und aus Vorträgen des Jubilars. Dieser sei in 17jähriger Tätigkeit als Gemeinderat und in seiner Gewerkschaftstätigkeit der Jugend stets ein Vorbild gewesen.

Genosse Schiller dankte allen Genossen für die schöne Feier und all die ihm zuteil gewordenen Ehrungen. Er wolle seine Tätigkeit für die Partei in drei Höhepunkte einteilen:

Der erste Höhepunkt war sein großes Glück, daß es ihm — als gelernter Modelltischler — ermöglicht wurde, in die Arbeiterhochschule aufgenommen zu werden.

Der zweite Höhepunkt war die illegale Tätigkeit, in der über 3000 Exemplare der kleinen, illegalen AZ vertrieben werden konnten, obwohl die Nazis scharf dahinter waren, an die Verteiler zu kommen. Aber das Vertrauen auf Gegenseitigkeit unter den Genossen war hervorragend.

Den dritten Höhepunkt sehe er in der besonders gedeihlichen Zusammenarbeit mit dem damaligen Bürgermeister Genossen Körner.

Er wolle daher heute noch allen jenen Kollegen, die mit ihm die von den Nazis vorbereiteten Sprengungen des E-Werkes und der Reichsbrücke verhinderten und die sehr schwierigen Aufbauarbeiten und die Inbetriebnahme des Werkes geleistet haben, nochmals herzlich danken.

Bis 22 Uhr saßen alle anwesenden Genossen noch beisammen. Es waren erbauliche Stunden der Erinnerung an harte Zeiten!

Rudolfsheim

Anton Matourek. Am 31. Mai 1905 geboren, am 26. September 1978 nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Matourek, gelernter Maschinenschlosser, trat schon als Vierzehnjähriger der SAJ und zwei Jahre später der SDAP bei. Vor dem Krieg war er Sekretär des Schutzbundes Rudolfsheim. Im Jahre 1945 war es Matourek, welcher der SPÖ Rudolfsheim wieder zu ihren ehemaligen Parteilokalen verhalf und an der Wiedergründung der SPÖ maßgeblich beteiligt war. Im Bezirksvorstand, welchem er von 1945 bis 1969 angehörte, hatte er neben der Funktion des dritten Bezirksobmannes maßgeblich an dessen Entscheidungen mitgewirkt. Matourek war von 1948 bis 1953 Wiener Gemeinderat und von 1954 bis 1969 Bezirksrat.

Er war Obmann der Sozialistischen Freiheitskämpfer Rudolfsheim. Die Partei ehrte ihn mit vielen Auszeichnungen. So erhielt er 1962 das Goldene Parteiabzeichen und 1969 die Victor-Adler-Plakette. Erst 1977 ehrte ihn das Land Wien für seine Verdienste mit dem Goldenen Ehrenzeichen.

Matourek war bis zu seiner plötzlichen Krankheit aufs engste mit der Organisation verbunden, da sie seiner Hilfe und Mitarbeit im Bezirkssekretariat ständig bedurfte. Mit ihm verloren die Rudolfsheimer wieder einen aufrechten, treuen Genossen.

Liesing

Jahresversammlung. Bei der am 1. Februar 1979 abgehaltenen Jahresversammlung der Gruppe Liesing gedachte der Vorsitzende, Genosse Hanzl, des schweren Verlustes der Gruppe durch den Tod unseres verdienten Genossen Packes. Als Obmann trat er unermüdet für die vom Faschismus Geschädigten ein. Sein ganzes Leben stand er im Einsatz für die Partei. Keiner der Genossen, die unseren „Lois!“ kannten, wird ihn je vergessen!

Im Punkt 2 der Tagesordnung wurde das Wahlkomitee bestätigt und der Wahlvorschlag für den neuen Ausschuß angenommen.

Die nachstehend angeführten Genossen, mit dem Genossen Hanzl als Obmann an der Spitze, wurden einstimmig gewählt:

1. Obmann:	Genosse Erwin Hanzl
2. Obmann:	Genosse Franz Matras
1. Kassier:	Hans Schmid
2. Kassier:	Franz Marik
1. Schriftführer:	Franz Zimmer
Kontrolle:	Andreas Schmudermayer, Franz Depil, Josef Felkl
Beisitzer:	Johann Körmendi, A. Hanzl
Delegierte:	zur Bez.-Jahreskonferenz Franz Matras, der SPÖ Liesing Franz Zimmer
Delegierte:	zur Bundeshauptversammlung Franz Matras, der Freiheitskämpfer Franz Marik
Delegierte:	zur Landeshauptversammlung Franz Matras, der Freiheitskämpfer Andreas Schmudermayer

Nach Erledigung der Tagesordnung sprachen die Genossen Matras und Schmudermayer über die selbst durchgemachten furchtbaren Geschehnisse im KZ Mauthausen und Genosse Emil Winter über den schrecklichen Tod seines Vaters im Vernichtungslager Auschwitz.

Nach einem eindringlichen Appell an die Genossen, alle Kraft für den Sieg unserer Partei einzusetzen, damit nach der Wahl am 6. Mai wieder eine SPÖ-Regierung an der Arbeit ist, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Mehr Information — das war eine der wichtigsten Forderungen in der Parteireformdiskussion. Mehr Information — nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Parteiarbeit und über internationale Fragen. Mehr Information: dieser Forderung will das Karl-Renner-Institut mit seinen Broschürenreihen Rechnung tragen.

Prospekte und Bestellungen:

SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18,
1014 Wien

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 15. April 1979

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Jeden 1. Di.
17 bis 18 Uhr
5, Siebenbrunnenfeldg. 5/Stiege 6/
Parterre links Jeden 2. u. 4. Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Wolkersbergenstr. 170 Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinig.) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9 Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donauefelder Str. 259, jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. Nr. 14/III, Wien 1,
Landesparteisekretariat 1. Di. 9 bis 11 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
W. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permaystraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband ... 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Mo. 9 bis 11 Uhr
Zimmer 3 Jeden Mi.
9 bis 11 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. u. Fr.
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim, Jeden 2. Mittwoch
Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirkssekretariat der SPÖ, Grazer Straße 28 Jeden 1. Freitag
14 bis 16 Uhr